

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Mindestlohn

Einheitliche europäische Standards beschlossen

Seite 3

IM FOKUS

Polen

Erst Reformen umsetzen, dann fließen die Corona-Hilfen

Seite 4

Klimaneutrale Städte

EU-Initiative fördert auch neun deutsche Kommunen

Seite 6



Bis zum Jahresende soll die Einfuhr von Öl und Ölprodukten aus Russland per Schiff nach Europa auslaufen.

© Shutterstock

GEMEINSAME WÄHRUNG

Kroatien führt den Euro ein

Die EU-Kommission hat den Weg für die Einführung des Euro in Kroatien am 1. Januar 2023 geebnet. Damit steigt die Zahl der Euro-Staaten auf zwanzig. „Durch die Einführung des Euro in Kroatien wird auch der Euro gestärkt. Zwanzig Jahre nach der Einführung der ersten Banknoten ist der Euro zu einer der wichtigsten Währungen der Welt geworden“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Kroatien war der EU 2013 beigetreten. „Die Einführung der gemeinsamen Währung Europas markiert den Abschluss der Integration Kroatiens in die Europäische Union“, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutivvizepräsident der EU-Kommission.

Eurozone

SECHSTES SANKTIONSPAKET

EU besiegelt Embargo für Öl aus Russland

Die Mitgliedstaaten der EU haben mit ihrem sechsten Sanktionspaket einen Boykott für Öl aus Russland verabschiedet. „Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn“, lobte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim EU-Gipfel in Brüssel.

> Die Präsidentin hatte ein Embargo für Öllieferungen aus Russland vorgeschlagen, das die Mitgliedstaaten nun billigten. „Dadurch werden bis Ende des Jahres rund 90 Prozent der Ölimporte aus Russland in die EU gestoppt“, erläuterte die Präsidentin.

Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine hatte die EU bereits einen Importstopp für Kohle aus Russland verhängt. Nun ist mit den neuen Sanktionen auch ein Ende der Lieferungen von russischem Öl besiegelt. Über die Initiative REPowerEU baut die EU den Anteil von erneuerbaren Energien wie Wind und Solar bis zum Ende des Jahrzehnts auf einen Anteil von 45 Prozent aus und kappt bis spätestens 2027 Gaslieferungen aus Russland. „Erneuerbare Energien haben den großen Vorteil, dass sie nicht nur für das Klima, sondern auch für unsere Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit

gut sind und Arbeitsplätze zu Hause schaffen“, erläuterte von der Leyen.

Das nun verabschiedete sechste Sanktionspaket umfasst unter anderem:

> **Ölboykott:** Die Einfuhr von Öl und Ölprodukten aus Russland per Schiff läuft zum Jahresende aus. Ungarn, Tschechien und der Slowakei, die über die Druschba-Pipeline russisches Öl erhalten, werden Übergangsfristen eingeräumt. Deutschland und Polen, die ebenfalls über diese Pipeline mit Öl versorgt werden, steigen freiwillig aus den Lieferungen aus Russland aus.

> **Finanzsanktionen:** Mehrere russische Großbanken sind bereits vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen, nun trifft die Sperre drei weitere Geldhäuser. Dazu gehört auch die Sberbank, mit einem Marktanteil von einem Drittel das größte russische Kreditinstitut. >>

“ 20 Millionen Tonnen Getreide stecken in der Ukraine fest. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

>> > **Medienausschluss:** Die Mitgliedstaaten setzen die Sendelizenz für die russischen Staatssender „Rossiya RT/RTR Planeta“, „Russia 24/Russland 24“ und „TV Centre International“ in der EU aus. Von der Leyen begründete das Vorgehen mit deren systematischem „Verbreiten von Falschinformationen“.

Kommission kritisiert Gas-Lieferstopp

Die EU-Kommission rügt den einseitigen Lieferstopp des russischen Staatskonzerns Gazprom für Gasversorger in der EU. Russland sei „kein zuverlässiger Lieferant mehr“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Gazprom hatte einseitig und vertragswidrig Gasexporte an Polen, Bulgarien, Finnland, Dänemark und die Niederlande eingestellt. „Daher müssen wir eine sehr klare Antwort auf die Frage geben, wie wir diese Situation bewältigen und wie der weitere Plan aussieht, um uns aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu lösen“, so von der Leyen.

Die Mitgliedstaaten billigten auch eine Initiative der EU-Kommission zu kurzfristigen Finanzhilfen für die Ukraine. Nach Expertenangaben benötigt das Land rund 5 Mrd. Euro monatlich, um Gehälter und Pensionen zu zahlen oder Kliniken zu finanzieren. Die G7-Staaten hatten sich auf einem Treffen in Bonn und Königswinter auf Hilfen von rund 18,75 Mrd. Euro verständigt, die EU steuert 9 Mrd. Euro bei, Deutschland sagte 1 Mrd. Euro zu. „Die Ukraine benötigt dringend kurzfristige Finanzhilfen“, mahnte von der Leyen.

Hilfe für Getreide-Export

Darüber hinaus unterstützen die Mitgliedstaaten den Vorstoß der EU-Kommission für eine Wiederaufbauhilfe für die Ukraine. Die Kommission richtet dafür eine eigene Plattform ein, um die Hilfe von internationalen Organisationen wie OECD, G20, Weltbank oder Internationalem Währungsfonds

(IWF) zu koordinieren. „Es ist wichtig, dass wir wirklich zusammenstehen, um der Ukraine eine faire Chance zu geben, aus den Trümmern wiederaufzustehen“, erklärte von der Leyen.

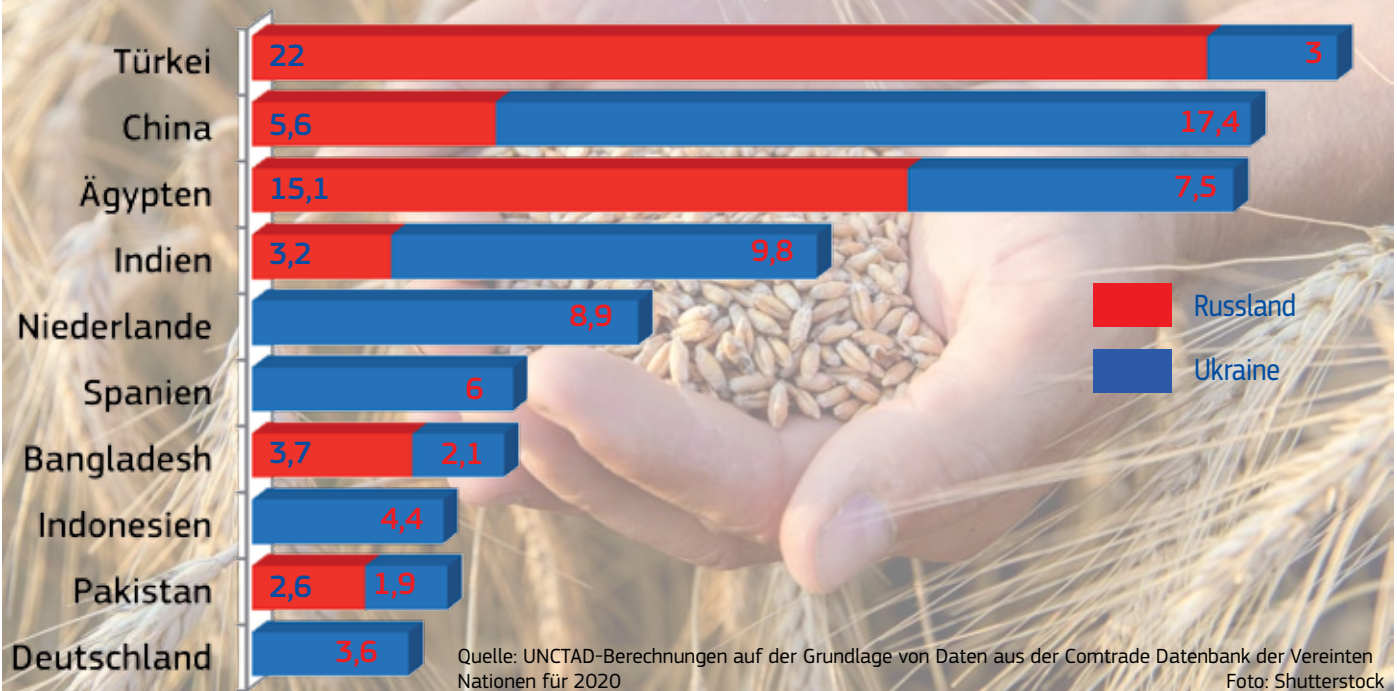
Die Präsidentin sicherte zudem den Einsatz der EU für Ernährungssicherheit weltweit zu. „Dieser Krieg bedroht die Ernährungssicherheit auf der ganzen Welt“, sagte von der Leyen in einer Videobotschaft zu einem Sondergipfel der Afrikanischen Union. „Die Lage ist in vielen Regionen bereits kritisch“, so die Präsidentin. Über eine Plattform können Unternehmen aus der EU und der Ukraine zusammenfinden.

Die Ukraine ist einer der größten Lebensmittelexporteure der Welt, die Hälfte der Weizenlieferungen für das Welternährungsprogramm WFP stammt aus dem Land. Russlands Armee zerstört Getreidevorräte in der Ukraine und blockiert ukrainische Häfen für den Export. Die EU-Kommission hatte deshalb die Initiative ergriffen und organisiert eine Ausfuhr über die EU, unter anderem durch Gütertransporte auf der Schiene und eine Schnellabfertigung für Getreidelieferungen aus der Ukraine bei der Einfuhr in die EU. „Die Geschwindigkeit, mit der wir jetzt handeln, wird das Ausmaß des Problems in einigen Monaten bestimmen“, sagte von der Leyen. (pr)

Sechstes Sanktionspaket

Abhängigkeit von Agrarrohstoff-Importen aus Russland und der Ukraine

Anteil der Einfuhren aus Russland und der Ukraine bei ausgewählten Warenimporten (Weizen, Gerste, Mais, Raps sowie Sonnenblumenöl und -kerne) in Prozent.



BESCHÄFTIGUNG

EU-Sozialkommissar Schmit begrüßt Mindestlohn-Übereinkunft

© Shutterstock

Die Mitgliedstaaten der EU und das Europäische Parlament haben sich auf eine europäische Regelung für Mindestlöhne verständigt. So muss der Mindestlohn künftig nach klaren Kriterien ermittelt und alle zwei Jahre angepasst werden. Darüber hinaus mahnt die Übereinkunft faire Löhne an. Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der Beschäftigten außerhalb des Tarifgefüges arbeiten, werden aufgefordert, einen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen vorzulegen. In Deutschland liegt die Quote bei rund 44 Prozent.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte zum Amtsantritt vor drei Jahren eine Mindestlohn-Regelung angekündigt. Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde 2020 vorgelegt. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament einigten sich nun auf eine neue Regelung. „Das ist ein guter Tag für ein soziales Europa“, twitterte Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte.

■ *Europäischer Mindestlohn*

UMWELT

Einigung auf einheitliches Ladekabel USB-C

Der Kabelsalat für elektrische Geräte wie Mobiltelefon, Tablet oder Tastaturen hat ein Ende. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament haben eine Initiative der EU-Kommission gebilligt und sich auf das Format USB-C als einheitlichen Standard von 2024 an verständigt. Für Laptops gilt das neue Format nach einer Übergangsfrist von 2026 an. Zudem gilt: Elektronische Geräte können künftig auch ohne Ladegerät gekauft werden. „Das bedeutet Ersparnisse für Europas Verbraucher und weniger Elektromüll für die Umwelt“, erklärte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

Allein im Jahr 2020 wurden in der EU rund 420 Millionen Mobiltelefone und andere tragbare elektronische Geräte verkauft. Die zugehörigen Adapter sind untereinander aber oft nicht kompatibel. So geben Europas Verbraucherinnen und Verbraucher für separate Ladegeräte jährlich rund 2,4 Mrd. Euro aus. Gleichzeitig fallen durch alte Ladegeräte pro Jahr rund 11.000 Tonnen Elektroschrott an. „Das Durcheinander an verschiedenen Ladegeräten in unseren Schubladen gehört der Vergangenheit an“, lobte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für den digitalen Wandel.

■ *Standard-Kabel*

GLEICHBERECHTIGUNG

EU führt Geschlechterquote in Vorstandsetagen ein

Für Spitzenpositionen in Europas Wirtschaft gilt von 2026 an eine Geschlechterquote. Darauf haben sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament verständigt. Konkret stehen zwei unterschiedliche Modelle zur Auswahl. Entweder können die Mitgliedstaaten beschließen, dass 40 Prozent der nichtgeschäftsführenden Mitglieder von Aufsichtsräten in börsennotierten Unternehmen mit Frauen besetzt werden. Oder aber in Vorstand und Aufsichtsrat sind durchschnittlich 33 Prozent Frauen vertreten. Von einem „großen Tag für Europas Frauen“, sprach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ergänzte: „Das ist auch ein großer Tag für Europas Unternehmen. Denn mehr Vielfalt bedeutet mehr Wachstum und Innovation.“

Die EU-Kommission hatte bereits 2012 einen ersten Vorstoß für eine Geschlechterquote unternommen und ging selbst beispielgebend voran. So sind derzeit 13 Frauen unter den 27 Mitgliedern der EU-Kommission. „Es ist an der Zeit, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in den Führungsetagen vertreten sind“, sagte Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik.

■ *Geschlechterquote*

UMWELTPROGRAMM LIFE

Öko-Weingut gewinnt EU-Umweltpreis

Das Öko-Weinbauprojekt VinEcoS im Anbaugebiet Saale-Unstrut in Sachsen-Anhalt ist von der EU-Kommission mit einem der fünf Preise des EU-Umweltprogramms LIFE ausgezeichnet worden. Das 770 Hektar große Anbaugebiet im Osten Deutschlands zählt mit einer Regenmenge von nur 500 Millimetern pro Jahr zu den niederschlagsärmsten Regionen in Deutschland. Die Trockenheit erhöht in den Steillagen bei Starkregen das Risiko von Bodenerosion. Im Landesweingut Kloster Pforta wurden die Flächen zwischen den Reben daher gezielt mit trockenheitsresistenten Pflanzen wie Schafgarbe, Acker-Rittersporn und Leinkraut begrünt. Das verhinderte Erosion und bot Lebensraum für seltene Arten wie Wildbienen. Anstelle von Maschinen hielten Schafe die Grünflächen kurz. Von „echten Pionieren“ sprach EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius und lobte: „Sie ergreifen konkrete Maßnahmen vor Ort, die zu mehr biologischer Vielfalt, weniger Umweltverschmutzung und mehr Klimaschutz führen.“

LIFE ist das EU-Förderprogramm für Umweltprojekte. Darüber fördert die EU-Kommission Vorhaben rund um Biodiversität, Umwelt- und Klimaschutz.

■ *Umweltpreis*

CORONA-HILFEN FÜR POLEN

Polen muss Reformen umsetzen – erst dann fließt Geld aus dem Aufbaufonds

Die EU-Kommission hat dem polnischen Aufbau- und Resilienzplan ihre Zustimmung erteilt. Damit rückt die Auszahlung von rund 35,4 Mrd. Euro für das Land aus dem Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU näher. Die Kommission pocht aber auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze.

sen, dass diese Zwischenschritte erfüllt sind, bevor weitere Gelder fließen. „Wir haben in allen Aufbauplänen Investitionen an Reformen gebunden“, betonte von der Leyen.

Drei Meilensteine für Rechtsstaatlichkeit

Die Kommission vereinbarte mit Polen drei feste Etappenziele auf dem Weg zu einer unabhängigen Justiz. So muss die Disziplinarkammer für Richter des Landes bis Juli aufgelöst und durch ein unabhängiges Gremium ersetzt werden, erste Regelungen hatte das polnische Parlament bereits auf den Weg gebracht. Bereits eingeleitete Disziplinarverfahren, die die Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern verletzen, etwa, weil sie den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Klärung von Rechtsstreitigkeiten angerufen haben, werden eingestellt. Ebenfalls bis Juli wird eine Prüfung bereits abgeschlossener Verfahren der Disziplinarkammer eingeleitet. Zu Unrecht entlassene Richter müssen bis spätestens Ende kommenden Jahres wieder eingestellt werden. „Erst müssen die Meilensteine erreicht werden, dann folgt die Auszahlung der Gelder“, stellte von der Leyen klar.

Polens Regierung hatte mehrfach in die Unabhängigkeit der Justiz eingegriffen. Das Oberste Gericht des Landes hatte zudem den Vorrang Europäischen Rechts in Frage gestellt. Die EU-Kommission war dagegen vorgegangen und hatte auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien beharrt, der Europäische Gerichtshof hatte das Vorgehen in mehreren Urteilen bestätigt. So hatte Europas höchstes Gericht Polens Regierung erst im vergangenen Dezember wegen der Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien zu einer Millionenstrafe verurteilt.

Insgesamt stellt die EU Polen rund 23,9 Mrd. Euro an Zuschüssen und 11,5 Mrd. Euro an Krediten aus dem Aufbaufonds NextGenerationEU bereit. Davon fließen rund 43 Prozent in den Klimaschutz, wie zum Beispiel den Ausbau von Windkraft und Wasserstoffproduktion oder nachhaltige Verkehrssysteme wie Elektrobusse. Rund 21 Prozent der Aufbaugelder werden in die Digitalisierung des Landes investiert, unter anderem in Cybersicherheit. (pr)

Polens Aufbau- und Resilienzplan



© European Union, 2022

Bei ihrem Besuch in Warschau machte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deutlich, dass die Auszahlung der Corona-Hilfsgelder an klare Bedingungen geknüpft ist.

„Die Genehmigung dieses Plans ist an klare Verpflichtungen Polens in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz geknüpft, die erfüllt werden müssen, bevor eine tatsächliche Zahlung erfolgen kann. Ich freue mich auf die Umsetzung dieser Reformen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Wir sind noch nicht am Ende des Weges, was die Rechtsstaatlichkeit in Polen betrifft“ ergänzte von der Leyen auf einer Pressekonferenz in Warschau zur Vorstellung des polnischen Wiederaufbauplans.

Strenge Voraussetzungen für Vergabe

Auf Initiative der EU-Kommission hatten die Mitgliedstaaten vor zwei Jahren den Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU mit rund 750 Mrd. Euro besiegelt, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu meistern. Die Vergabe der Gelder ist dabei an Bedingungen geknüpft. So müssen 37 Prozent der Mittel für Klimaschutz im Zuge des Europäischen Grünen Deals genutzt werden, mindestens 20 Prozent der Mittel sind für den digitalen Wandel vorgesehen.

Um Gelder aus dem Fonds zu erhalten, reichen die Mitgliedstaaten Reformpläne bei der EU-Kommission zur Prüfung ein. Polens Reformplan umfasst auf Drängen der EU-Kommission auch wichtige Aspekte zur Unabhängigkeit der Justiz. So muss das Land nach einem festen Zeitplan stetig nachwei-

Der Aufbaufonds

NextGenerationEU heißt der Vorstoß der EU-Kommission, um nach der Pandemie eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten. Insgesamt stellt der Wiederaufbaufonds 750 Mrd. Euro (rund 800 Mrd. Euro nach heutigen Preisen) bereit. Die Mittel müssen für Klimaschutz, Digitalisierung und – nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine – zusätzlich für das grüne Energieprogramm REPowerEU eingesetzt werden.

Die Kommission prüft die Investitions- und Reformvorhaben der Mitgliedstaaten und gibt die Mittel frei. Zuletzt wurde der Aufbauplan Polens gebilligt, auch mit Vorgaben zu Reformen im Justizsystem. Im Fall Ungarns läuft das Prüfverfahren.

>|

KUNST & KLIMA

Erstes Europäisches Bauhaus-Festival

Europa feiert vom 9. bis zum 12. Juni drei Tage lang das erste Europäische Bauhaus-Festival mit einer zentralen Ideenbörse in Brüssel und zahlreichen Ausstellungen und Foren in der ganzen Europäischen Union – darunter auch in Deutschland. „Gemeinsam mit dem Neuen Europäischen Bauhaus erforschen wir die Schönheit selbst, attraktive Ästhetik findet sich immer wieder – vor allem in der Natur“, sagt Lacy Barry, eine der beteiligten Künstlerinnen.

> Das erste Europäische Bauhaus-Festival bringt Kunst, Kultur und Klimaschutz zusammen. Im Zentrum der Veranstaltungen in Deutschland stehen unter anderem:

> **Nachhaltigkeit:** Auf Gebäude entfallen rund 40 Prozent des Energieverbrauchs in der EU. „Circular Practices in Construction“ – frei übersetzt: Kreislaufwirtschaft im Bau – lautet der Titel einer Ausstellung in Berlin. Studierende der TU Berlin haben dort Beispiele für klimafreundliches Bauen aus ganz Europa zusammengetragen. In Norwegen etwa entstand Mjøstårnet, ein Hochhaus aus Holz, das Projekt Tecla in Italien setzt auf mineralische Baustoffe und Lehmbauten aus dem 3-D-Drucker, in Winterthur in der Schweiz entstand mit dem Bau 118 ein Gebäude allein aus recycelten Baustoffen. „Form follows availability“ – die Form folgt der Verfügbarkeit der Materialien, lautet das Prinzip des nachhaltigen Bauens. „Das Europäische Bauhaus-Festival bietet für uns eine Möglichkeit, uns mit Gleichgesinnten zu vernetzen“, sagt Georg Hubmann, der sich an der TU Berlin mit nachhaltigen Baukonzepten befasst und die Ausstellung mitkonzipiert hat.

> **Ästhetik:** „Ecotopia“ heißt ein Kunstfestival in Berlin, das kreative Konzepte und Nachhaltigkeit zusammenbringt. „In dieser Ausstellung zeigen wir Kunstwerke aus verschiedenen Perspektiven, die sich einer Welt von morgen in einem sich ständig verändernden Klima nähern“, erklärt die Berliner Künstlerin Barry, Kuratorin der Veranstaltung.

> **Inklusion:** Der Aufbruch des Europäischen Bauhaus erstreckt sich nicht allein auf Kunst und Kultur, sondern umfasst auch die Gesellschaft. In Weimar, dem Ausgangsort der Bauhaus-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, geht es beim „Festival der Ideen“ darum, wie die Bevölkerung in den Klima-Umbau einbezogen werden kann. „Glo-kales Spannungsfeld“ lautet der Titel einer Veranstaltung, die globale Vorhaben mit lokalen Initiativen zur Nachhaltigkeit verbindet. „Die Entwicklung von lebenswerten Quartieren im ländlichen Raum, der klimabewusste Umgang mit historischen Gebäu-



© European Union, 2021

den und soziale Inklusion sind Themen, mit denen wir uns an der Bauhaus-Universität Weimar beschäftigen und die im Mittelpunkt unseres Programms stehen“, erklärt Jutta Emes. Die Professorin ist Vizepräsidentin für Internationales, Diversität und Transfer an der Bauhaus-Universität Weimar. „Ich sehe große Chancen für die Bauhaus-Universität Weimar, Teil des europäischen Aufbruchs zu sein. Wir können mit unseren Ideen aus Forschung, Lehre und Kunst andere inspirieren und andere können uns zu Neuem anregen“, so Emes.

Das Bauhaus-Festival ist nur eine von vielen Initiativen rund um den nachhaltigen Aufbruch in Kunst und Kultur. So wurde ein NEB-Lab als Ideenschmiede eingerichtet und ein jährlicher Bauhaus-Preis für innovative Ansätze, Architekturentwürfe und Designideen ausgelobt. Im Vorjahr wurde unter anderem das RoSana Waldhaus, ein nachhaltiger Holzbau in Bayern, ausgezeichnet.

“ Wir sehen die Klimakrise als Herausforderung für Kunst und Kultur. ”

Lacy Barry, Künstlerin

Die Initiative Neues Europäisches Bauhaus (NEB) hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor zwei Jahren in ihrer Rede zur Lage der Union gestartet. Das Ziel: Den Europäischen Grünen Deal, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht, um eine ästhetische Dimension zu ergänzen. Inspiriert durch die Bauhaus-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts soll Europa einen neuen gestalterischen Aufbruch wagen: von klimafreundlicher Architektur über nachhaltiges Design bis hin zum Aufbau einer Kreislaufwirtschaft. (pr) >|

■ [Das Festival im Internet](#)

Der Holzpavillon auf der Heilbronner Buga wurde mit einem der Preise des Neuen Europäischen Bauhauses ausgezeichnet. Dank seines innovativen Bausystems kann er an einem neuen Standort wieder aufgebaut und am Ende seiner Nutzungsdauer vollständig recycelt werden.

EUROPA VOR ORT

EU fördert Klima-Umbau in neun deutschen Städten

Mannheims Umweltbürgermeisterin Diana Pretzell hat Grund zur Freude. „Die EU-Mission kommt genau zum richtigen Zeitpunkt“, sagt Pretzell. Denn Mannheim ist eine von hundert Städten, die von der EU-Kommission für die EU-Mission klimaneutrale Städte ausgewählt wurden.



Die Stadt Dresden setzt u.a. mit 480 Bauvorhaben für Radfahrerinnen und -fahrer auf umweltfreundlicheren Verkehr.

> Die Kommunen verpflichten sich, bis 2030 klimaneutral zu wirtschaften. Neben Mannheim fördert die EU den Klima-Umbau in acht weiteren deutschen Kommunen: Aachen, Dortmund, Dresden, Frankfurt am Main, Heidelberg, Leipzig, München und Münster.

„Die Arbeit geht jetzt los“, erklärt Pretzell. So vereinbaren die Missionsstädte im Juni mit der EU-Kommission lokale Klimaverträge - Climate City Contract (CCC) -, in denen sie aufzeigen, wie sie bis Ende des Jahrzehnts klimaneutral wirtschaften wollen.

Auf ihrem Weg zur Klimaneutralität setzen die deutschen Klima-Missionsstädte unter anderem auf:

> **Mannheim:** Die Stadt baut auf Fernwärme - und auf den Rhein: Bereits im Frühjahr begannen die Bauarbeiten für eine Flusswärmepumpe. Das Ganze funktioniert wie ein umgekehrter Kühlschrank. Dem Rhein, der sich im Sommer bis auf 25 Grad aufheizen kann und im Winter selten unter eine Temperatur von 5 Grad fällt, wird Wärme entzogen, die dann zum Heizen genutzt wird. Bis zu 3.500 Wohnungen lassen sich so klimaneutral erwärmen. Das spart jährlich rund 10.000 Tonnen an klimaschädlichem Kohlendioxid ein.

> **Leipzig:** „Der Kampf gegen den Klimawandel wird in den Städten und deren Regionen entschieden“, erklärt Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. So strebt Leipzig mit Unterstützung der EU unter anderem in der City-Logistik neue Wege an. Die Stadt vertraut dabei auf Urban-Hubs, lokale Verteilzentren, von denen aus Waren gezielt mit dem Rad ausgeliefert werden können.

> **Dresden:** Die Stadt setzt auf umweltfreundlicheren Verkehr. Allein 480 Bauvorhaben stehen für den Radverkehr auf dem Plan, unter anderem für ein Netz von Haupttrouten im Stadtgebiet und Radschnellwege ins Umland. Große Buslinien werden bis 2030 durch Trambahnlinien ersetzt. „Das werden wir alleine nicht schaffen. Deshalb bin ich froh, dass wir Teil dieser EU-Mission geworden sind“, erklärt Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert.

Die EU fördert den Klima-Umbau in den hundert Missions-Städten mit rund 360 Mio. Euro. Im Rahmen der Initiative NetZeroCities bietet die EU-Kommission zudem Beratungen an, wie der Klimaschutz in Kommunen umgesetzt werden kann. „Städte stehen bei der Bekämpfung der Klimakrise an vorderster Front“, so Frans Timmermans, Exekutivizepräsident der EU und verantwortlich für den Europäischen Grünen Deal, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht. „Wir brauchen Städte und Regionen an der Spitze unserer Bemühungen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen“, sagte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend.

Auf dem Weg dahin baut die EU auch auf Kommunen wie Mannheim. Dort wurde bereits vor drei Jahren ein Programm „Leitbild 2030“ beschlossen. Neben Klimaschutz geht es dabei auch um andere Themen: Abbau von Armut oder fair gehandelte Lebensmittel. „In einer industriegeprägten Stadt wie Mannheim ist die Erarbeitung sozial-gerechter Lösungen besonders relevant und kann als Modell für weitere europäische Städte dienen“, erläutert Umweltbürgermeisterin Pretzell. (pr)

Die Klimainitiative

In der EU leben 75 Prozent der Menschen in Städten. Insgesamt verbrauchen städtische Zentren mehr als 65 Prozent der weltweiten Energie und verursachen mehr als 70 Prozent der CO₂-Emissionen.

Die Kommission rückt im Rahmen des Europäischen Grünen Deals deshalb die Städte ins Zentrum. Die Initiative NetZeroCities fördert den Übergang von Kommunen zur Klimaneutralität. Kontakt unter <https://netzerocities.eu/the-nzc-project/>

Europa in Zahlen

50

EUROPE DIRECT-Zentren unterhält die EU-Kommission in Deutschland. Sie machen die Arbeit der Europäischen Union mit ihren Institutionen und ihrer Politik transparent und beantworten Fragen aller Art zum Thema Europa. Die Bedeutung einer guten Kommunikation hat nicht allein die Pandemie (und kursierende Falschinformationen) bewiesen, sondern auch die gezielte Desinformation rund um Russlands Krieg in der Ukraine. „In solch unsicheren Zeiten ist die Kommunikation über Europa wichtiger denn je - und eine größere Herausforderung. Unsere EUROPE DIRECT-Zentren spielen dabei eine entscheidende Rolle, denn sie sind die wichtigsten Kontaktstellen zwischen unseren Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Institutionen“, sagte EU-Kommissar Paolo Gentiloni auf einem Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Europe Direct-Zentren in Mailand.

Die erste Generation der Zentren wurde 2005 eingerichtet. Mittlerweile gibt es in der EU insgesamt 433 Informationszentren, Deutschland stellt auf Grund der Bevölkerungszahl das größte Netzwerk.

Übersicht der Info-Zentren in Deutschland

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 15.06.2022 10.00–12.30 Uhr	„Kampagnenstart zum World Cleanup Day 2022 in Berlin“ Aktionstag Veranstalter: wirBerlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://wir-berlin.org/
> 15.06.2022 19.30–21.00 Uhr	„Schwerpunkte sächsischer Europapolitik“ Europäischer Salon Veranstalter: Volkshochschule Dresden, EUD Sachsen	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28285
> 20.–21.06.2022 14.00 Uhr	„35 Jahre Austausch in Europa“ Fachtagung Veranstalter: Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung	Gustav-Stresemann-Institut e.V. Langer Grabenweg 68 53175 Bonn	https://erasmusplus.schule/termine/termin/35-jahre-austausch-in-europa-2834/
> 22.06.2022 16.00 Uhr	„Ökologischer Wandel: Europas Zukunft oder grüne Utopie?“ Debattierwettbewerb Veranstalter: Büro für Hochschulkooperation des Instituts français Deutschland, Deutsch-Französische Hochschule, Verbindungsbüro des Europäischen Parlament in Deutschland, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Französische Botschaft Pariser Platz 5 10117 Berlin und via Zoom	https://utopieeuropa.institut-francais.de/preis-2022/
> 23.06.2022 13.30–15.00 Uhr	„Europas Zukunft – grün, digital und fair?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://artecom.regasus.de/online/begin;jsessionid=asL40-p1WpB95d2bz7YtHn-Hpovagd3lzVaALf1p7.d5d912111bfb
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Wie lässt sich Lebensmittelverschwendung verringern?

Mit Blick auf die Kreislaufwirtschaft und das Ziel Klimaneutralität stößt die EU-Kommission eine Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie an. Bis zum 14. August können Interessierte an einer öffentlichen Konsultation teilnehmen und so ihre Ideen einbringen für eine leistungsfähigere Abfallbewirtschaftung, in der weniger Produkte und Lebensmittel verschwendet werden.



© Shutterstock

Diese Verschwendung bezeichnet die für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige EU-Kommissarin Stella Kyriakides als „unmoralisch“ und betont: „Lebensmittelverschwendung ist eine der größten Ursachen für Ineffizienz in unseren Lebensmittelsystemen. Wir müssen uns mehr anstrengen, diese Abfälle einzudämmen.“

■ *Öffentliche Konsultation*

EUROPAPREIS FÜR SCHÜLERZEITUNGEN

Jörg Wojahn ehrt die „Schiffsschraube“

Die jungen Redakteurinnen und Redakteure der Schülerzeitung „Schiffsschraube“ des Werner-Heisenberg-Gymnasiums in Weinheim haben von Jörg Wojahn, dem Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, den Europapreis im Rahmen des Schülerzeitungswettbewerbs der Länder erhalten. „Die Schülerzeitung ‚Schiffsschraube‘ nimmt ihre Leserinnen und Leser mit auf eine zeitliche und räumliche Reise durch Europa und hat die Jury mit spannenden und lehrreichen Beiträgen überzeugt“, sagte Wojahn bei der Preisverleihung im Bundesrat.



© Werner Heisenberg Gymnasium Weinheim

Der Schülerzeitungswettbewerb der Länder wird vom Jugendpresse Deutschland e.V. organisiert. Zum dreizehnten Mal hat die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland einen eigenen Preis vergeben, der mit 1.000 Euro dotiert ist. In diesem Jahr konnte die Jury aus 14 Einsendungen von Print- und Online-Schülerzeitungen aus zehn Bundesländern ihren Favoriten auswählen.

■ *Europapreis für Schülerzeitungen*

WETTBEWERB FÜR JUGENDLICHE

Name gesucht für das neue System für sichere Satellitenkommunikation

In einem Wettbewerb können Jugendliche den Namen für das neue System der EU zur sicheren Satellitenkommunikation bestimmen. Der Wettbewerb gehört zum Europäischen Jahr der Jugend und soll kreative junge Menschen in ein solidarisches Projekt für die Europäische Union einbinden. Das neue System für sichere Satellitenkommunikation bildet die dritte Säule des EU-Raumfahrtprogramms. Es wird hochmodern sein und sichere Breitbandkommunikationsdienste für Europa und Afrika bereitstellen. Welcher Vorschlag gewonnen hat, wird im Laufe des Jahres bekannt gegeben. Der oder die Gewinner erhalten eine Einladung zur Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Jugend und zu einem Tag bei den EU-Institutionen. Der Wettbewerb läuft bis zum 31. Juli

■ *Wettbewerb für Jugendliche*

EUROPÄISCHES JAHR DER JUGEND 2022

JUGEND für Europa unterstützt Veranstaltungen

Die nationale Agentur JUGEND für Europa lädt Organisationen und Einrichtungen in Deutschland ein, Veranstaltungen im Europäischen Jahr der Jugend 2022 durchzuführen und bietet dafür finanzielle Unterstützung. Dabei beteiligt sich JUGEND für Europa als Kooperationspartner an der Finanzierung der Veranstaltungen mit jeweils bis zu 5.000 Euro. Die Veranstaltungen und Aktionen müssen bis zum 31.12.2022 stattfinden.

Die Fördermittel aus den EU-Programmen Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps – für 2022 sind das insgesamt 160.000 Euro – werden außerhalb der sonst üblichen Antragswege und -fristen direkt von JUGEND für Europa zur Verfügung gestellt. Es gibt keine Fristen. Veranstaltungsideen können laufend eingereicht werden.

■ *JUGEND für Europa*



© Shutterstock